Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes „Schweinfurt 360°, Tourismus rund um Stadt und Land“

Bekanntmachung vom 21.08.2014 Nr. 12-1444.11-5/09

I.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Schweinfurt 360°, Tourismus rund um Stadt und Land“ hat in der Sitzung am 23.04.2014 eine Satzung zur Änderung der Verbandssatzung beschlossen.

Die Regierung von Unterfranken hat die Änderung der Verbandssatzung aufgrund der Neufassung der Verbandsaufgaben mit Schreiben vom 06.06.2014, Az. 12-1444.11-5/09, rechtsaufsichtlich genehmigt.

Nach Art. 48 Abs. 3 KommZG werden nachfolgend die Änderungsatzung und die Genehmigung amtlich bekannt gemacht.

Würzburg, 21.08.2014
Regierung von Unterfranken

Manfred Wetzel
Abteilungsdirektor

II.

Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes „Schweinfurt 360° - Tourismus rund um Stadt und Land“

Aufgrund von Art. 19 u. Art. 44 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) erlässt der Zweckverband „Schweinfurt 360° - Tourismus rund um Stadt und Land“ folgende Änderungsatzung:

§ 1

Die Verbandssatzung des Zweckverbandes „Schweinfurt 360° - Tourismus rund um Stadt und Land“ vom 13.09.2013 (veröffentlicht im Amtsblatt der Regierung von Unterfranken Nr. 19/2013 vom 28.10.2013) wird wie folgt geändert:

1. § 4 Aufgabe und Zweck

Der Paragraph erhält folgende Fassung:

Der Zweckverband hat die Aufgabe, die touristische Entwicklung in Stadt und Landkreis Schweinfurt nachhaltig zu fördern. Dazu gehören folgende Handlungsfelder:

- a) Strategische Entwicklung eines gemeinsamen Tourismuskonzeptes zum nachhaltigen Auf- und Ausbau der touristischen Infrastruktur in der gesamten Region;
- b) Gästeservice und Tourismusanlaufstelle „aus einer Hand“ in Form einer gemeinsamen Tourist-Information in zentraler Lage;
- c) Zentrale themen- und zielgruppenorientierte Tourismuswerbung und Verkaufsförderung für die Stadt Schweinfurt und den Landkreis Schweinfurt auf regionaler, überregionaler und internationaler Ebene;
- d) Aufbereitung und Vermarktung qualitativ hochwertiger Angebote einschließlich der Entwicklung buchbarer Angebote;
- e) Pflege und Ausbau von touristischen Netzwerken mit Kommunen, Leistungsträgern und weiteren Akteuren innerhalb der Region;
- f) Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (lokale und überregionale Pressearbeit, Journalistenbetreuung, Journalistenreisen);
- g) Steigerung des Qualitätsbewusstseins bei den touristischen Leistungsträgern durch Information, Sensibilisierung, Beratung und Qualifizierungsangebote;
- h) Verkauf von touristischem Informationsmaterial.

2. § 7 Einberufung der Verbandsversammlung

Der Paragraph wird ergänzt um:

(4) Vorsitzende und Verbandsräte erhalten eine Entschädigung für ihren Aufwand. Näheres regelt eine Entschädigungsatzung.

§ 2

Diese Änderungsatzung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der Regierung von Unterfranken in Kraft.

Schweinfurt, 08.07.2014
Zweckverband „Schweinfurt 360°
- Tourismus rund um Stadt und Land“

Florian Töpfer
Verbandsvorsitzender

GAPI 1444

RABl 2014 S. 104

Entschädigungsatzung für den Zweckverband Verkehrslandeplatz Großostheim bei Aschaffenburg

Bekanntmachung vom 21.08.2014 Nr. 12-1444.01-5/84

I.

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrslandeplatz Großostheim bei Aschaffenburg hat in ihrer Sitzung am 01.07.2014 den Erlass einer Entschädigungsatzung beschlossen.

Nach Art. 24 Abs. 1 KommZG wird nachfolgend diese Entschädigungsatzung amtlich bekannt gemacht.

Würzburg, 21.08.2014
Regierung von Unterfranken

Manfred Wetzel
Abteilungsdirektor

II.

Satzung

über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Der Zweckverband „Verkehrslandeplatz Großostheim bei Aschaffenburg“ erlässt auf Grund des Art. 30 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) und den Art. 20 a und 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) folgende

SATZUNG

§ 1

Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

1. Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig. Ihre Tätigkeit erstreckt sich auf die Mitwirkung bei den Beratungen und Entscheidungen der Verbandsversammlung.
2. Mit Ausnahme der in Abs. 3 genannten Mitglieder erhalten ehrenamtliche Mitglieder der Verbandsversammlung für ihre Tätigkeit als pauschale Abgeltung für ihre Teilnahme an Sitzungen der Verbandsversammlung oder des Verbandsausschusses ein Sitzungsgeld für jede Sitzung in Höhe von 40,00 €.
3. Soweit die Mitglieder der Verbandsversammlung berufsmäßige oder ehrenamtliche 1. Bürgermeister sind, erhalten sie lediglich den Ersatz ihrer nachgewiesenen Auslagen (Art. 30 Abs. 2 KommZG).
4. Angestellte oder Arbeiter haben außerdem Anspruch auf Ersatz des entstandenen Lohnes oder Gehaltes. Der Nachweis ist durch Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitsgebers zu führen.
5. Selbständig Tätige erhalten für die durch die Teilnahme an den Sitzungen bedingte Zeitversäumnis eine pauschalierte Verdienstausschüttung für jede Sitzung in Höhe von 40,00 €.